

AUSGABE 2-2025
INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER
UND POLITIK

nutzen

DJG

**BAD SCHANDAU
JUMIKO**

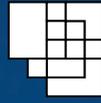
SEITE 05 ff.

**BERICHTE DER
FACHBEREICHE**

SEITE 08 ff.

**AUS DEN
LÄNDERN**

SEITE 13 ff.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Unser 0,nix- Konto

Kontoführungsgebühren 2 Jahre geschenkt¹

Wechseln war noch nie so einfach!

- ✓ 150 € Willkommensprämie²
- ✓ **On Top:** 50 € für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen
- ✓ Einfacher Kontowechsel zum BBBank-Girokonto



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon
unter 0721 141-0 oder auf
www.bbbank.de/dbb

¹24 Monate kostenfreie Kontoführung bei Online-Überweisungen (danach monatliches Kontoführungsentgelt 2,95 Euro bei Online-Überweisungen). 24 Monate kostenfreie girocard mit Kontaktlosfunktion (Ausgabe einer Debitkarte), danach 11,95 Euro p.a. Aktionszeitraum für Eröffnungen limitiert vom 15.05.2025 bis zum 31.08.2025. ²Voraussetzungen Startprämie: 50,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokontos mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Ab Vollendung des 30. Lebensjahres: mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten). Weitere 100,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern und erfolgt auf das eröffnete BBBank-Girokonto. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten; Start der Aktion: 01.11.2024. Diese Prämien sind sonstige Einkünfte gem. § 22 Nr. 3 EStG, welche in der Steuererklärung angegeben werden müssen. Hierbei gilt jedoch eine Freigrenze (nicht Freibetrag) von 256,- Euro je Kalenderjahr für alle derartigen Einkünfte. Ab 256,- Euro je Kalenderjahr muss der volle Betrag versteuert werden. Hier ist ggf. auf den Steuerberater zu verweisen.

Themen

- Vorwort Bundesleitung 04
- Justizministerkonferenz in Bad Schandau 05 ff.
- DJG Frauen - Seminar in Fulda 07
- Bundestarifkommission in Eisenach 08
- Fachbereich Justizwachtmeisterdienst in Königslutter 09
- Arbeitstagung Senioren in Koblenz 10
- Bayern 13
- Rheinland-Pfalz 13
- Nordrhein-Westfalen 14
- Saarland 15

VORWORT



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Bundesland Sachsen ist 2025 Ausrichter der Justizministerkonferenz (JuMiKo) und hatte nach Bad Schandau eingeladen. Mit dem Kollegen Dirk Biegel aus dem Saarland war die Bundesvorsitzende Beatrix Schulze vor Ort. Die DJG hatte im Vorfeld die Option erhalten, eine Tischvorlage für die Konferenz einzureichen. Diese Chance haben wir genutzt und die Übertragung von Aufgaben vom Rechtspfleger auf Beamte der Laufbahngruppe 1.2 konkretisiert, die Forderung zur Umsetzung der Digitalisierung in der Justiz sowie den Personalnotstand thematisiert. Erfahren Sie mehr zu der JuMiKo ab der folgenden Seite in dieser Ausgabe der DJG Notizen.

Auch im Mai waren wir wieder sehr aktiv.

In Eisenach tagte die Bundestarifkommission. Es wurde auf die abgeschlossenen Tarifverhandlungen für die Kommunen und die Beschäftigten im Bund (TVöD) zurückgeblickt. Im Fokus stand der Ausblick auf die in diesem Winter beginnenden Verhandlungen für die Beschäftigten in den Ländern (TV-L). Ebenso tagte im Mai der Fachbereich des Justizwachtmeisterdienstes. Unter anderem wurden das Dauerbrennerthema Ausbildung für Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister sowie Fragen zum Entgelt diskutiert.

Unsere DJG Senioren hatten die Gelegenheit, ein Angebot des Kooperationspartners Debeka in Koblenz am Rhein zu nutzen. In den Räumlichkeiten der Unternehmenszentrale tauschte man sich zu Beitrags- und Versicherungsthemen intensiv aus. Im Anschluss besuchten sie die in Koblenz ansässige Justizvollzugsanstalt.

In der aktuellen Ausgabe berichten wir weiterhin über Neuigkeiten und Aktivitäten aus unseren Landesverbänden. In Bayern und Rheinland-Pfalz gibt es Veränderungen in den Landesvorständen. In Nordrhein-Westfalen freut sich die DJG vor allem über die im Mai durchgeführte Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung mit sehr guten Ergebnissen. Bei der DJG Saar wurden für einen Abend die ernstesten Themen mal beiseitegelassen und in gemeinsamer Runde gegrillt.

Die Bundesleitung wünscht allen Leserinnen und Lesern sonnige Sommermonate, ein kühles Büro und allen Urlaubern erholsame Tage.

Mit kollegialen Grüßen
Beatrix Schulze und Klaus Plattes



Bad Schandau:

Justizministerkonferenz

V.l.n.r.: Amtschef des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz Till Pietzcker, Staatsministerin der Justiz Prof. Constanze Geiert, Dirk Biegel und Beatrix Schulze von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (Foto: (c) SMJus)

„Lasst uns nicht im Regen stehen...“

Mit diesem Slogan standen wir im Rahmen einer kleinen Demo letzten Herbst zur JuMiKo vor der Landeszentrale Niedersachsen in Berlin – im strömenden Regen.

Die 96. Justizministerkonferenz fand am 05. Juni 2025 in Bad Schandau statt. Der Freistaat Sachsen übernahm den Vorsitz unter der Leitung der sächsischen Justizministerin Prof. Constanze Geiert.

Wir haben die Gelegenheit erhalten, zur Frühjahrs-JuMiKo direkt mit den Justizministerinnen und Justizministern ins Gespräch zu kommen. Diese Chance haben wir genutzt. Als Bundesvorsitzende bin ich mit unserem Vorsitzenden des Fachbereichs mittlerer Dienst nach Bad Schandau gereist. Im Gepäck u. a. ein Antrag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft zur Aufgabenübertragung vom Rechtspfleger auf Beamte der Laufbahngruppe 1.2. Der DJG-Fachbereich mittlerer Dienst hatte in mehreren Sitzungen und abschließend in einem kleinen Arbeitskreis eine Synopse erstellt, welche Aufgaben vom Rechtspfleger auf den mittleren Dienst übertragen werden können. Der Antrag wurde vom Bundesvorstand am 24. Mai 2025 beschlossen. Hintergrund

dieser Forderung ist die zunehmende Digitalisierung in der Justiz, verbunden mit sich verändernden Tätigkeiten. Schon jetzt haben wir enorme Schwierigkeiten, die Stellen in den Serviceeinheiten zu besetzen. Oft sind mehrere Auswahlverfahren erforderlich, um geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen. Mittlerweile ist es an der Tagesordnung, dass junge Kolleginnen und Kollegen während oder nach der Ausbildung Ernennungsurkunden nicht annehmen, diese zurückgeben und zu anderen Arbeitgebern wechseln. Als Arbeitgeber hat die Justiz ein Attraktivitätsproblem! Um diesem entgegenzuwirken, ist für uns ein Punkt, die Aufgaben und Tätigkeiten des Berufsbildes eines Justizfachwirtes/einer Justizfachwirtin aufzuwerten. Neben der Übertragung von Aufgaben des Rechtspflegers auf die Laufbahngruppe 1.2 sollten auch weitere verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten wie die Justizverwaltung und der IT-Bereich geöffnet werden – neben der Gerichtsvollzieherausbildung und dem Aufstieg zum Rechtspfleger.

Eine Ausfertigung unseres Antrages haben wir der Vorsitzenden Prof. Constanze Geiert sowie dem Amtschef des sächsischen Justizministeriums, Till Pietzcker, überreicht. In verschiedenen Gesprächen mit den Justizministerinnen

und Justizministern haben wir weitere aktuelle Probleme thematisiert, wie die schleppende Digitalisierung, bestehende Performance-Probleme und veraltete Hard- und Software. Gleichzeitig machten wir auf überholte Arbeitszeitmodelle und unterschiedliche Arbeitsbedingungen, z. B. die Möglichkeit des mobilen Arbeitens in den Ländern aufmerksam.

Deutlich haben wir darauf hingewiesen, dass der Pakt für den Rechtsstaat nicht nur mit der Einstellung von Richtern und Staatsanwälten umzusetzen ist. Der nachfolgende Bereich – die Stellen der Serviceeinheiten und Justizwachmeister – sind ebenfalls entsprechend aufzustocken. Denn sie sind das Zahnrad unserer Justiz und die Grundlage für das Funktionieren eines Rechtsstaates!

In verschiedenen Gesprächen wurde uns signalisiert, dass wir mit unseren Forderungen offene Türen bei den Justizministerinnen und Justizministern einrennen. Im gemeinsamen Austausch werden wir an der Umsetzung der verschiedenen Punkte am Ball bleiben, damit die Justiz ein attraktiver Arbeitgeber wird.

Beatrix Schulze
Bundesvorsitzende

Dirk Biegel
Fachbereichsvorsitzender Mittlerer Dienst



Im Dialog mit der Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt Franziska Weidinger.



Im Dialog mit Staatssekretär Dirk Feuerberg, Senatsverwaltung für Justiz Berlin.



Im Dialog mit Petra Berg, Justizministerin Saarland und Staatssekretär Dr. Jens Diener.



Beatrix Schulze im Gespräch mit der Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern Jacqueline Bernhardt.



Im Dialog mit Dr. Jan Bodanowitz, Leiter Abteilung für Justizverwaltungssachen und Zentrale Dienste im Ministerium der Justiz und Digitalisierung des Landes Brandenburg



Dirk Biegel, Steffen Eckold Staatssekretär Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt, Beatrix Schulze



Veranstaltungsort war das Hotel Elbresidenz in Bad Schandau.

DJG FRAUEN

TAGTEN VOM 20. BIS 22. MÄRZ 2025 IN FULDA

Bereits vor einiger Zeit hatten die DJG Frauen nach fünf Jahren wieder die Möglichkeit, ein Seminar von und für Frauen zu besuchen. Unter der Überschrift „Frauenpolitik | Selbstbewusst und Stark: Empowerment-Training für Frauen“ konnte kurzfristig in Zusammenarbeit mit der dbb-Akademie Gabi Schmidt als Dozentin gewonnen werden - sie ist Coach für persönliche Entwicklung, Stimme und Präsenz sowie Sängerin und Schauspielerin. Ziel des Seminars war es, Frauen in ihrem Selbstverständnis und in ihrer Souveränität zu stärken. Es sollte ein Grundverständnis vermittelt werden, welche Faktoren unser persönliches Auftreten bestimmen und die Frauen befähigen, selbstbewusst und überzeugend innerhalb und außerhalb der Justiz zu agieren.

Und eines muss gleich am Anfang gesagt werden: Das Seminar war für jede der Teilnehmerinnen auf die eine oder andere Art und Weise eine Herausforderung. Denn dies sollte kein klassisches Seminar im Sinne von Sitzen und Zuhören werden. Es ging darum, sich körperlich und geistig voll einzubringen, sich ein Stück weit neu kennenzulernen und Grenzen auszuloten. Es war an der einen oder anderen Stelle hoch emotional und hat uns als Frauengruppe noch enger zusammengeschweißt.

Frauen in der Justiz stehen vor spezifischen Herausforderungen, die sich aus gesellschaftlichen, kulturellen und strukturellen Gegebenheiten ergeben. Themen wie weibliche Souveränität, weibliche und männliche Energie, Stimme, innere Antreiber, Grenzen setzen, Charisma und die EFT-Klopfmethode spielten dabei eine Rolle. Besonders erstaunt war die Dozentin, als wir ihr berichteten, wie oft wir Frauen auch innerhalb der Justiz immer wieder auf einen männlichen Gegenpart treffen, bei dem nicht nur Mansplaining an der Tagesordnung ist. Und das, obwohl Frauen den Großteil der Belegschaft in der Justiz ausmachen, nur nicht zwingend in den Führungspositionen. So haben wir uns nicht nur in den drei Tagen des Seminars mit den verschiedensten, teilweise sehr persönlichen Erlebnissen auseinandergesetzt, sondern die Situation analysiert und an Lösungen für zukünftige ähnliche Ereignisse gearbeitet.

Die Freizeit sollte auch nicht zu kurz kommen. Fulda ist eine schöne Stadt und bot genügend Ablenkungsmöglichkeiten. Sei es bei der Besichtigung der verschiedensten Sehenswürdigkeiten wie dem Schlossgarten und dem Dom oder bei einem Cocktail in einer der vielen Gastronomien.

Bianca Korbanek
Bundesfrauenvertreterin



BUNDESTARIFKOMMISSION

TAGTE VOM 15. BIS 17. MAI 2025 IN EISENACH

Im aktuellen TV-L-Tarifverhandlungsjahr traf sich die Bundestarifkommission der DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer zu ihrem regelmäßigen jährlichen Austausch in Eisenach.

Zum Kennenlernen der neuen Teilnehmer begannen wir mit einer Vorstellungsrunde. So erfuhren wir, welche Funktion und Aufgabe der oder die Einzelne in den Ländern und Dienststellen hat und welche individuellen Vorstellungen

weitere Leistungsvereinbarungen wie zusätzliche freie Tage in Entgelt umgerechnet und zur Erhöhung addiert. So teilt sich ein Tarifiergebnis dann in erhöhtes Tabellenentgelt und freie Tage, überschreitet aber insgesamt nicht das verhandelte Volumen von x oder y Prozent.). Wir hoffen auch auf eine bessere Darstellung der Thematik in den Medien. Es ist so schon schwierig genug, in der Öffentlichkeit den Start der Tarifverhandlungen Anfang Dezember verständlich zu kommunizieren und Verständnis der Bürgerinnen und Bürger zu erwarten.

Nach dem Rückblick wagten wir einen Ausblick.

Die Forderungen zum TV-L, die wir von Seiten der DJG an den dbb beamtenbund und tarifunion übermitteln werden, haben wir gemeinsam erörtert; Vor- und Nachteile wurden abgewogen. Aus unserer Sicht müssen die Zulagen für den Ruf- und Bereitschaftsdienst erhöht und in der Anwendung auf den ganzen Samstag ausgeweitet werden – dieses Thema werden wir bei den

dbb-Regionalkonferenzen einbringen.

Die DJG wird während der Tarifverhandlungen ab Dezember 2025 regelmäßig berichten.

Ebenso werden wir die Mitglieder zu Demonstrationen und Streiks aufrufen. Bitte informieren Sie sich diesbezüglich regelmäßig auf den Internetseiten ihres DJG-Landesverbands. Die erfolgreiche und gute Sitzung endete mit einem Stadtrundgang durch Eisenach.

Bei schönem Wetter entdeckten wir die Stadt. Unser spontan ausgewählter Reiseführer Jürgen Hettrich trug zu einem besonderen Gelingen des Rundgangs bei.

Wir danken allen Teilnehmenden für die gute Zusammenarbeit und freuen uns auf ein Wiedersehen in Präsenz im September 2026. Die Bundestarifkommission (BTK) wird sich ferner während der Tarifverhandlungen regelmäßig treffen und austauschen.

Karen Altmann
Stv. Bundesvorsitzende und
Vorsitzende DJG Bundestarifkommission



V.l.n.r.: Torsten Lieberam (DJG Niedersachsen), Stanka Sindic (DJG NRW), Nancy Männel (DJG Hamburg), René Pellegrini (DJG Sachsen), Karen Altmann (DJG NRW), Timo Prillwitz (DJG Schleswig-Holstein), Angelika Schlieper (DJG Sachsen-Anhalt), Mandy Drusche (DJG Rheinland-Pfalz), Marcel Kirchrath (DJG Hessen), Jürgen Hettrich (DJG Saarland), Manuela Schwarz (DJG Hessen), Renate Conrath (DJG Baden-Württemberg), Markus Sperber (DJG Bayern) und sitzend vor der Gruppe Cornelius Nal (DJG NRW)

und Ansprüche mit Blick auf die Zusammenkunft bestehen. Insbesondere die neuen Kolleginnen und Kollegen waren gespannt auf den gemeinsamen Austausch.

Manuela Schwarz und Karen Altmann gaben vertiefte Einblicke in das Neuordnungsverfahren für Justizfachangestellte, das zum 01.08.2025 in Kraft tritt. Nur noch fünf Bundesländer bilden Justizfachangestellte aus. Manuela Schwarz berichtete im Weiteren von der Erstellung des neuen Ausbildungsleitfadens, der im Juni erscheinen wird - diesbezüglich wird die DJG noch informieren.

Einen Rückblick gab es zur Bundesvorstandssitzung im Frühjahr und zu den Tarifverhandlungen des TVÖD. Das Ergebnis im TVÖD wurde bewertet: Wir waren uns einig: sollte beim TV-L ebenfalls eine Volumenerhöhung gefordert werden, müssen wir sehr viel Erklärungsarbeit leisten müssen. (Bei einer Volumenerhöhung werden neben der Erhöhung von Tabellenentgelten auch

FACHBEREICH JUSTIZWACHTMEISTERDIENST TAGTE VOM 12. BIS 14. MAI 2025 IN KÖNIGSLUTTER

Der Fachbereich Justizwachtmeister der DJG tagte vom 12. bis 14. Mai wieder einmal in Königslutter am Elm.

Im Mittelpunkt standen aktuelle Entwicklungen wie die Einführung der E-Akte und deren Auswirkungen auf den Dienstatlag. Die Teilnehmenden tauschten sich intensiv über Herausforderungen und Lösungsansätze aus. Einhellige Meinung war, dass sich das Berufsbild noch mal verändern bzw. anpassen wird.



V.l.n.r.: Stephanie Baltés (DJG Saarland), Jennifer Dieling, (DJG Hessen), Marko David (DJG NRW), David Bartetzko (DJG Berlin), Frank Meyer (DJG Bremen), Burkhard Platt (DJG NRW), Michael Auriga (DJG Hessen), Arno Hames (DJG NRW), Christoffer Zarbock (DJG Schleswig Holstein), Thomas Weber (DJG Sachsen-Anhalt), Ramazan Bas (DJG Hamburg), Brycki Kamil (DJG Niedersachsen), Thomas Fahrenguber (DJG Sachsen), Florian Ludewig (DJG Niedersachsen), Gero Berje (DJG Bremen), Petra Maulert (DJG Hessen) und Martin Franke (DJG Brandenburg)

Immer wiederkehrendes Thema bleibt die Ausbildung in dem Berufszweig, der ja wie bekannt keine richtige Ausbildung beinhaltet. Damit verbunden wurde sich über Neuerungen in Bezug auf Ausstattung und Dienstkleidung ausgetauscht, was sich immer noch als bunter Blumenstrauß in den Ländern darstellt. Fortbildungen in Eigen- und Fremdsicherung sowie bei

Eingangskontrollen werden von fast gar nicht bis zu drei Wochen angeboten.

Ein heikles Thema kam auf, da es in einigen Ländern zu Rückzahlungsforderungen aufgrund von Nebentätigkeiten (im öffentlichen Dienst) kommen könnte. Laut Nebentätigkeitsverordnungen müssen Beträge, die über einen gewissen Wert hinausgehen, an den Dienstherrn zurückgezahlt werden (Ablieferungspflicht).

Diese Werte sind in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt. Als Beispiel in Berlin bei A5 - A8, 3960,- Euro und in NRW alle Laufbahnen 11563,- Euro. Man war sich einig, dass man dieses Thema im Blick behalten müsste,

da viele Kollegen und Kolleginnen eine Minijobtätigkeit zum Beispiel beim Gerichtsvollzieher ausüben, um zumindest die Mieten in größeren Städten bezahlen zu können.

Die Bewerberzahlen für den Justizwachtmeisterdienst sowie die Qualität wurde angesprochen und man kam überein, einen Flyer erstellen zu wollen, wo auch die Vorzüge und die Vielseitigkeit des spannenden und verantwortungsvollen Berufszweigs „Justizwachtmeister/innen“ zum Tragen kommt, um eventuell dadurch geeignetes Personal zu bekommen. Denn eines ist klar, der Berufszweig ist Vielen sowohl im öffentlichen Leben als auch (leider) in den Verwaltungen gänzlich unbekannt.

So vergingen die Tage wieder einmal im Flug und wir freuen uns schon wieder auf das nächste Treffen, was dann eventuell in Trier stattfinden soll.

Marko David
Fachbereichsvorsitzender
Justizwachtmeisterdienst

IMPRESSUM

DJG notizen Nr. 02-2025
Mitgliederinformation
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Bundesverband (DJG)

V.i.S.d.P.:
Beatrix Schulze und
Klaus Plattes
(Bundesvorsitzende)

Redaktionsschluss 03-2025
19. September 2025

Redaktion und Fotos:
Klaus Zallmann
DJG-Mitglieder,
sowie
namentlich gekennzeichnete
Berichte und der Redaktion
eingereichte Bilder

Layout:
Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

ARBEITSTAGUNG SENIOREN VOM 5. BIS 8. MAI 2025 IN KOBLENZ

Vom 5. bis zum 8. Mai 2025 hatte die Bundesvorsitzende der Senioren DJG Bund die Seniorenvertreter der Länder zu einer Arbeitstagung in Koblenz eingeladen. Es nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus Berlin, Brandenburg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland teil. Angesprochen wurden allgemeine Themen aus dem Seniorenbereich. Thema war hier in Anlehnung an den Neunten Altersbericht der

Bundesregierung die Diskriminierung wegen des Alters in beide Richtungen. Hierbei wurde die Diskriminierung bei Berichten in den Medien bei Beteiligung von Senioren an Verkehrsunfällen angesprochen.

Am nächsten Tag waren die Senioren zu Gast bei dem Kooperationspartner der DJG in der DEBEKA-Hauptverwaltung in Koblenz. Der DEBEKA-Verbandsbeauftragte Bund

der DEBEKA, Stefan Naumann, erläuterte den Seniorenvertretern, aus welchem Grunde die Beiträge zur DEBEKA so stark zu Beginn des Jahres gestiegen sind: In § 155 Absatz 3 Versicherungsaufsichtsgesetz sowie in § 203 Absatz 2 Versicherungsvertragsgesetz ist geregelt, wann Beiträge angepasst werden. Die Versicherung vergleicht einmal im Jahr die erforderlichen mit den kalkulierten Versicherungseinheiten für jede Beobachtungseinheit (z. B. Männer, Frauen, Jugendliche). Stellt die Versicherung bei der Gegenüberstellung eine Abweichung von mehr als 5 Prozent (Schwellenwert) fest, überprüft die Versicherung die



Hintere Reihe (stehend) v.l.n.r.: Elmar Schneider (DJG Saarland), Ronald Scholz (DJG Berlin), Wolfgang Bernig (DJG NRW), Michaela Rieck (DJG Hamburg), Christa Franz (DJG Bayern), Jutta Andresen (Schleswig-Holstein), Andreas Andresen (DJG Schleswig-Holstein), Sabine Wenzel (Fachbereichsvorsitzende DJG Senioren) und Stefan Naumann (DebeKa)
Vordere Reihe (sitzend) v.l.n.r.: Rita Lorenzen (Stv. Fachbereichsvorsitzende DJG Senioren), Doris Schneider (Saarland), Monika Naujoks (NRW), Sonja Reich (DJG Mecklenburg-Vorpommern), Gerlind Hildebrandt (DJG Niedersachsen) und Manfred Naujoks (DJG NRW)

Studie zur Privaten Krankenversicherung: DebeKa erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die DebeKa Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die DebeKa 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die DebeKa als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die DebeKa, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der DebeKa ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten tagtäglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der DebeKa.

Beiträge und passt sie, wenn nötig, an. Bei der Beitragskalkulation berücksichtigt die Versicherung jeden Jahrgang gesondert für jeden Tarif und jedes Geschlecht und kalkuliert, mit welchen durchschnittlichen Leistungen für den einzelnen Versicherten insgesamt bis zum Lebensende zu rechnen ist. Da in den Jahren 2021, 2022 und 2023 der Schwellenwert nicht überschritten wurde, ist nach Überschreitung des Schwellenwertes im Jahre 2024 der Beitrag angepasst worden und die Abweichungen aus den Jahren 2021, 2022 und 2023 wurden bei der Berechnung einbezogen. Die hohe Inflation aus den letzten Jahren hat sich sehr drastisch auf die Leistungsausgaben im Gesundheitswesen ausgewirkt. Diese aktuellen Kostensteigerungen hat die DEBEKA mit der Beitragsanpassung zum 1.1.2025 aufgefangen. Die gebildete Altersrückstellung (insbesondere für die älteren Jahrgänge) ist für solche Kostenexplosionen nicht vorgesehen.

Im Anschluss an diesen Vortrag konnten die Seniorenvertreter bei einer Hausführung die Organisation und die Büroräume der DEBEKA kennenlernen. Vom Dach des Verwaltungsgebäudes der DEBEKA hatten die Teilnehmer sodann einen wunderschönen Blick über Koblenz, den Rhein, den Main und das Deutsche Eck.

Der Tag wurde mit einer Schifffahrt bei herrlichem Wetter mit der Schlössertour auf dem Rhein abgerundet.

Am dritten Tag hatte Sabine Wenzel einen Besuch der Justizvollzugsanstalt Koblenz organisiert.

Der Anstaltsleiter der JVA Koblenz, Jörn Hendrik Omland, stellte die Geschichte der JVA Koblenz und umfangreiche Informationen zum Strafvollzug in der JVA Koblenz vor. Anschließend wurde die Delegation durch die JVA geführt, bei der die dort Bediensteten mit viel Engagement zum Gelingen des Besuchs beitrugen. Gezeigt wurden u. a. die Sanitätsräume, die Kleiderkammer und ein Gefangenentransporter. Anschließend fuhr die Delegation mit der Seilbahn zur Festung Ehrenbreitstein und konnte hier bei schönem Wetter einen eindrucksvollen Blick über den Rhein und Koblenz erleben.

Neben vielen Gesprächen am Abend war diese Tagung ein unvergessliches Erlebnis für alle Teilnehmer. In der Abschlussbesprechung bedankten sich alle Teilnehmer bei der Bundesvorsitzenden der Senioren, Sabine Wenzel, für die hervorragende Organisation. Die nächste Arbeitstagung der DJG Senioren soll im Mai 2026 in Saarbrücken stattfinden.

Manfred Naujoks
Nordrhein-Westfalen



Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark
seit 120 Jahren.



Von Beamten für Beamte gegründet,
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.

DebeKa

Versichern und Bausparen



Rücktritt von Jochen Freytag als Landesvorsitzender

Nach dem Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden Hans-Joachim Freytag ändert sich der Landesvorstand. Für sein langes und großes Engagement für die Sache der BJG danken wir ihm im Namen der Landesgesamtvorstandschafft und wünschen ihm weiterhin alles Gute!

Die BJG wird nun durch die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Marcus Köppel und Oliver Kopsch vertreten. Zum Landesgeschäftsführer wurde Bernd Hiltensberger bestellt. Foto oben v.l.n.r.: Bernd Hiltensberger, Marcus Köppel und Oliver Kopsch.

Neue Landesleitung für die DJG Rheinland-Pfalz

Auf einem außerordentlichen Landesgewerkschaftstag musste eine neue Landesleitung gewählt werden. Grund hierfür war, dass der Landesvorsitzende Rolf Spurzem sein Amt aus gesundheitlichen und arbeitsbedingten Gründen niedergelegt hatte. Der Gewerkschaftstag fand am 20.02.2025 im Erbacherhof in Mainz unter dem Motto

**Kompetent - Erfolgreich - Stark
DJG - Mit dir in die Zukunft**

statt. Eröffnet wurde der Landesgewerkschaftstag mit der Begrüßung der Delegierten und der Ehrengäste durch Rolf Spurzem. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt und die weiteren Tagesordnungspunkte zügig abgearbeitet bis zur Wahl der Landesleitung.

Nach einer kurzen Vorstellung der Personen ging es dann auch gleich zur Wahl. Zu neuen Landesvorsitzenden (Doppelspitze) wurden mit 100 % der Stimmen Kerstin Linke und Udo Woschitz gewählt. *(Foto links unten)*

Die restlichen Tagesordnungspunkte wurden noch abgearbeitet und am Ende standen die Anträge und Ehrungen an.

Liane Jung (stv. Landesvorsitzende) hielt eine kleine „Laudatio“ für Rolf Spurzem, der auf Antrag der Landesleitung zum Ehrenvorsitzenden der DJG-RLP ernannt wurde.

Weiterhin wurden in Würdigung ihrer Verdienste und den Einsatz für die DJG-RLP Monika Herz-Moske, Elke Grewis, Andreas Klees und Christian Esch zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Nachdem Kerstin Linke die Delegierten und Ehrengäste verabschiedet hat, endete der erfolgreiche Gewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Rheinland-Pfalz in Mainz.

**Kerstin Linke
DJG Rheinland-Pfalz**





V.l.n.r.: Karen Altmann (DJG NRW), Volker Fritz (DJG NRW), Dr. Benjamin Limbach (Minister der Justiz NRW), Hanna Hackbeil (DJG NRW), Klaus Plattes (DJG NRW), Melanie Martin, (DJG NRW)

Justizministerium Düsseldorf: Landesvorstand im Gespräch mit Dr. Benjamin Limbach

Im Vordergrund des Gesprächs stand die aktuelle Situation in der Justiz NRW.

Der Landesvorstand machte gegenüber dem Minister Dr. Limbach deutlich, dass die derzeitige Situation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften Grund zur Sorge bereitet. Hierbei zeigt sich, dass die Belastungsgrenze von vielen Kolleg:innen die Grenze des Möglichen erreicht hat. Die Teilnehmer:innen aufseiten der DJG machten deutlich, dass die aktuelle prekäre Situation viele Facetten hat. Die personelle Situation und damit die enorme Belastung der Kolleg:innen vor Ort zeigt sich in einer Vielzahl von unerledigten Akten bzw. Eingängen, insbesondere die Situation bei den Staatsanwaltschaften wurde vom Landesvorstand angesprochen. Längerfristige Erkrankungen seien immer ein Alarmsignal für den Arbeitgebenden.

„Zur Attraktivität der Berufsbilder in der Justiz gehören auch verbesserte Rahmenbedingungen für unsere Kolleg:innen“, so der Landesvorsitzende Klaus Plattes gegenüber Minister Dr. Limbach. Eine zukunftsweisende Ausstattung, verbunden mit der Möglichkeit, erweiterte Arbeitszeitmodelle wie Homeoffice für die Kolleg:innen zu ermöglichen, ist noch nicht bei allen Behördenleitungen angekommen.

Mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung und der Situation in den Ausbildungsstätten der Justiz wurden Erfahrungen aus gewerkschaftlicher Sicht mit dem Minister besprochen. Insbesondere Vorschläge der DJG zu einer Neuausrichtung von Ausbildungen in der Justiz für die Zukunft wurden diskutiert. Aufseiten des Ministeriums der Justiz nahmen Dr. Limbach und die Herren Holtgrewe, Kexel und Ausetz an dem offenen und vertrauensvollen Gespräch teil.

DJG NRW Landesvorstand



Im Mai 2025 wurde in NRW die Jugend- und Auszubildendenvertretung für die nächste Amtsperiode von 2025 bis 2027 neu gewählt. Angetreten sind Kandidat:innen in den OLG-Bezirken Düsseldorf, Hamm und Köln sowohl für die Haupt- als auch für die Bezirksvertretungen.

Für die DJG NRW war die Wahl ein voller Erfolg. So konnten von den 5 Sitzen in der Hauptvertretung beim Ministerium der Justiz in NRW 3 Sitze für die Liste der DJG NRW entschieden werden. Die neuen Vertreter:innen für die Jugendlichen, Auszubildenden und Studierenden in der Justiz NRW sind

- > Dominik Mayer, AG Geldern
- > Rion Morina, AG Köln
- > Leonie Wolnik, AG Dortmund

In den Bezirksvertretungen punktete die DJG NRW in Düsseldorf und Köln, wo 5 von 5 Sitzen bzw. 4 von 5 Sitzen durch die DJG-Kandidat:innen besetzt werden. In Bezirk Hamm ist die DJG mit 2 von 5 Sitzen vertreten.

Schade ist, dass insgesamt nicht mal ein Drittel der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht genutzt haben - hier wird in Zukunft noch Aufklärungsarbeit erforderlich sein.

DJG NRW Landesvorstand



Grillfest der DJG Saar

Unser diesjähriges Grillfest der DJG Saar fand am Freitag, den 09.05.2025 wie schon in den vergangenen Jahren am Weiher des Angelsportvereins in Niedersaubach bei allerbestem Wetter statt. Zahlreiche Mitglieder waren zum gemütlichen Beisammensein in lockerer Atmosphäre erschienen. Auch für das leibliche Wohl war bestens gesorgt. Es war ein rundum gelungener Abend mit jeder Menge Spaß und tollen Gesprächen unter netten Kolleginnen und Kollegen. Auch für das kommende Jahr hat die DJG Saar noch mal ein Grillfest geplant und hofft auch weiterhin auf eine solch tolle Resonanz wie in diesem Jahr.

Katja Leidner





NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de



Seite 16



€

DJG

**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
FORDERT VON DEN BUNDESLÄNDERN**

**MEHR
GELD**

FÜR DIGITALISIERUNG DER JUSTIZ

Wir sind eine der großen Fachgewerkschaften in der Justiz in Deutschland.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die Dachorganisation für alle Bediensteten in der Justiz (Beamte und Tarifbeschäftigte) der einzelnen Bundesländer.

Wir gehören zum Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion.

DJG.DE